

«Sie haben eine Stunde geredet, und ich verstehe immer noch nicht, worum es geht»

DISKUSSION Wie gewinnt man Jugendliche für Politik? Der Verein Discuss It versucht es mit Podien an Kantons- und Berufsschulen. Ein Augenschein im Büelrain.

«Herzlichen Dank, dass Sie so zahlreich gekommen sind», sagt der grüne Kantonsrat Martin Neukomm zur Begrüssung. Martin schlägt ihm entgegen: «Ah, Sie sind nicht freiwillig da?», fragt er nach. Nein, das Podium gehört für die rund 300 Schülerinnen und Schüler der Kantonschule Büelrain zum Unterricht. Und man spürt: Nicht alle freuen sich, dass sie sich in der nächsten Stunde mit der Selbstbestimmungsinitiative befassen müssen. Doch für Prorektor Peter Lautenschlager ist klar: «Auch wenn viele von Ihnen noch nicht abstimmen können: Es ist unser Ziel, dass Sie sich eine Meinung bilden können und eine Minderkompetenz entwickeln.» Zudem erlaube das Podium einen Blick hinter die Kulissen. «Beobachten Sie, wie diskutiert wird. Geht es fair voran, wird die Redezeit gleichmässig verteilt?»

Schwierige Aufgabe

Moderiert wird der Anlass von Nicolas Solethaler, einem ehemaligen Büelrain-Schüler und Mitglied der Organisatorin Discuss It (siehe Kasten). Er hat wohl die schwierigste Aufgabe, wie sich im Verlauf der Stunde zeigen wird. Ihm obliegt es, die Diskutierenden zu bündeln. Auf der Pro-Seite stehen Mauro Tuena (Nationalrat SVP) und Samuel Hofmann (Jugendsinn), auf der Gegenseite treten Martin Neukomm (Kantonsrat Grüne) und Prisca Köller (Kantonsrätin FDP) an.

Prisca Köller gelingt es schon in der Vorstellungsrunde, die jungen Leute für sich einzunehmen. «Wenn ich das Kantgebäude sehe, kommen mir vor allem viele lange, lässige Partys in den Sinn, die wir hier gefeiert haben.» Sie erntet Applaus. Die nüchterne Vorstellung der Männer vermag weniger zu begeistern.

Dann gehts los. Die vier streiten über Völkerrecht und Verfassungsrecht, zwingende Bestimmungen, Ausnahmen und Widersprüche, und vor allem Tuena und Neukomm fallen sich dabei immer wieder ins Wort. Die Diskussion wird chaotisch. Schon bald

haben die ersten Schüler und Schülerinnen ihr Handy gezückt. Entweder das Thema interessiert sie nicht, oder sie haben bereits den Faden verloren. Moderator Solethaler versucht immer wieder vorzweifen, die Podiumsteilnehmer dazu zu bringen, sich gegenseitig ausreden zu lassen und tatsächlich auf die gestellten Fragen zu antworten. «Wir verlieren uns in Details», moniert er mehr als einmal.

Die Jugendlichen scheinen sich fast stärker für das Wie der Diskussion als für das Was zu interessieren. «Hast du gesehen, der macht die genau gleichen Handbewegungen wie Fächers», stellt einer mit Blick auf Tuena fest. Und zwei Mädchen finden: «Es ist einfach nicht sympathisch, wenn einer immer drinredet.»

Bleibt alles unklar

Schliesslich kommt es zur Frageunde, die Jugendlichen können sich einbringen. Ein Schüler sagt: «Sie haben jetzt eine Stunde geredet, und ich verstehe immer noch nicht, worum es genau geht. Können Sie sagen, was sich konkret ändern würde bei Annahme der Initiative?» Tuena nimmt einen Anlauf: «Wenn ein Volksentscheid durchkommt, würde er künftig auch so umgesetzt.» Prisca Köller sieht das als Gegenpart ganz anders: «Gäbe es ein Ja, würde unser Verhältnis zum Ausland leiden und letztlich unser Wohlstand sinken.»

Ein anderer Schüler will alle Widersprüche aufzählen, die ihm in der Argumentation der Befürworter aufgefallen sind. Er kommt in einen richtigen Rausch und muss letztlich vom Moderator unterbrochen werden. «Wir haben es jetzt verstanden.» Die Mitschüler tauschen peinlich berührte Blicke.

Die Jugendlichen sagen Nein

Auch wenn wohl manche die Selbstbestimmungsinitiative selbst nach dem Podium noch nicht ganz verstehen, konnten sie zumindest miterleben, mit welcher harten Bandagen in der Politik gekämpft wird.

Zum Schluss will der Moderator wissen, wie die jungen Leute denn abstimmen würden, wenn sie könnten. Nur gerade zwei Dutzend würden ein Ja einlegen, die grosse Mehrheit kann sich mit der Initiative nicht anfreunden.

Miriam Fonti



Die 2.- und 3.-Klässler der Kantonschule Büelrain beobachten, wie die Politikern und Politiker sich verbal duellieren.

Foto: M. Fonti

DISCUSS IT

Podien, eingebettet in den Unterricht

Der Verein Discuss It wurde von engagierten Studierenden und jungen Berufsleuten im Jahr 2017 gegründet. Der neutrale Verein hat zum Ziel, das politische Interesse von Jugendlichen zu wecken und die politische Partizipation zu fördern. Zu diesem Zweck bietet er Kantons- und Berufsschulen jeweils vor den nationalen Abstimmungen die Organisation und Durchführung von Politikpodien an. Allein vor der Abstimmung am 25. November finden 14 Podien statt, die gegen 1500 Jugendliche erreichen; 34 Veranstaltungen sind es 2018 insgesamt.

Laut Vorstandsmitglied David Fischer versucht der Verein stets, ein möglichst ausgeglichenes Teilnehmerfeld auf den Podien zu präsentieren. «Jüngere Politiker sollen ebenso vertreten sein wie Frauen und Männer aus

möglichst allen Parteien.» Die Moderation übernimmt in der Regel Vereinsmitglieder. Fischer betont, dass alle Vereinsmitglieder sich ehrenamtlich engagieren. «Da sammeln sich viele Stunden Arbeit an.» Zu Beginn hätten die Mitglieder sogar die Kosten aus dem eigenen Sack bezahlt. Inzwischen werden die Podien jedoch durch Beiträge von Schulen finanziert.

Doch weshalb wählt man eine so komplexe Vorlage wie die Selbstbestimmungsinitiative, um junge für Politik zu interessieren? Laut Fischer wäre das Ziel, möglichst alle nationalen Abstimmungen zu diskutieren, doch dazu reiche die Zeit oft nicht aus. Und da versuche man, den Wünschen der Schulen zu entsprechen. Grundsätzlich ist Fischer aber der Meinung, dass für Berufs- und Kantonschulen

keine Vorlage so kompliziert sei, um darüber zu diskutieren. «Wir empfehlen den Schulen jedoch immer, die Vorlagen schon im Vorfeld zu besprechen.»

Peter Lautenschlager ist Prorektor der Kantonschule Büelrain. Die Schule hat schon im letzten Jahr Discuss-It-Podien für die Schülerschaft angeboten. «Wir sind froh, dass der Verein uns das Organisatorische abnimmt», sagt er. Eine Evaluation früherer Anlässe habe gezeigt, dass die Podien gut ankämen. Wohl nicht zuletzt, weil sie zwar obligatorisch sind, aber während des Unterrichts stattfinden. Laut einer Umfrage nach der letzten Durchführung wären bei einer freiwilligen Teilnahme deutlich weniger Zuhörerinnen und Zuhörer zu erwarten. Eine freiwillige Podiumveranstaltung über

Mittag würden nur 45 Prozent der Schüler besuchen, eine am Abend gar nur etwa 15 Prozent.

Gemäss Lautenschlager passen die politischen Podien gut zur wirtschaftlich ausgerichteten Schule Büelrain. «Wir diskutieren die Themen jeweils auch im Rechts- oder Staatskundeunterricht.» Vorgesehen ist, dass jede Klasse einmal im Jahr an einem Discuss-It-Podium teilnehmen kann. Diesmal wurden die 2.- und 3.-Klässler eingeladen. «Bei ihnen geht es noch weniger darum, was debattiert wurde, als vielmehr darum, wie die Diskussionskultur war.» Lautenschlager räumt ein, dass die Diskussion zur Selbstbestimmungsinitiative teilweise wirr und ausserordentlich war. Trotzdem hält er die Themenwahl für richtig. «Wir wollen nicht das einfache, sondern das wichtigste Thema aufgreifen.» mf

Von hier aus greift DHL die Post an

OHREBUHL Der deutsche Paketdienst DHL hat im Winterthurer Industriegebiet sein erstes Paketdepot in der Schweiz eröffnet. Und startet so den Kampf gegen die Post.

Es ist eine schlichte, schmucklose, aber keineswegs hässliche Halle im Industriegebiet Ohrbühl. Diese Woche hat sie DHL in Betrieb genommen. Hier kom-



auch am Samstag bis 20 Uhr. Der Paketmarkt in der Schweiz ist, vor allem wegen des Onlinehandels, sehr stark am Wachsen. 130 Millionen Pakete hat die Schweizer Post im letzten Jahr zugestellt.

Das Areal gehört den Schapiras

Das Grundstück, auf dem das erste DHL-Paketdepot steht, gehört einer Firma, hinter der sich die Familie Schapira verbirgt, wie eine Recherche des «Landboten»

Fragen zum Bruderhaus

POLITIK Kürzlich gab der Stadtrat bekannt, dass das Restaurant Bruderhaus während rund vier Monaten bis Februar geschlossen bleibt und die Stadt in dieser Zeit Instandhaltungsarbeiten ausführen lässt. Dies veranlasste FDP-Gemeinderätin Romana Heuberger, eine schriftliche Anfrage einzureichen.

Sie hält fest, dass das Restaurant Bruderhaus erst im Winter 2017 für 1,42 Millionen Franken

eine Pflicht zum Ganzjahresbetrieb vorsehe oder wie der Stadtrat einer saisonalen Schliessung gegenüberstehe. mf

«Lärmchutz, Zuwanderung, Sozialhilfe oder Steuerfragen – hier müssen weiterhin Volk und Stände entscheiden können!» Barbara Steinhilber, Nationalrätin